

Presseinformation

Markt für Lernsoftware zieht kräftig an

- Umsatz steigt 2007 um 16 Prozent auf knapp 50 Millionen Euro
- Am stärksten gefragt sind Lernprogramme für Sprachen
- Einsatz im Schulunterricht noch sehr selten

Berlin, 15. Oktober 2007

Der Umsatz mit Lernsoftware wird im laufenden Jahr in Deutschland um voraussichtlich 16 Prozent auf rund 49 Millionen Euro zulegen. Das teilte der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) mit. Grundlage der Prognose ist eine Studie des Marktforschungsinstituts GfK im Auftrag des BITKOM. Dabei wurden die Ausgaben von Endverbrauchern erfasst. Am stärksten gefragt sind Sprachlernprogramme mit einem Marktanteil von 37 Prozent. Es folgen allgemeine Lernprogramme für Kinder mit einem Anteil von 25 Prozent sowie naturwissenschaftliche Themen und Computertrainings mit je 8 Prozent. „Interaktive Software hat sich heute bereits als neue Form des Lernens bei vielen Kindern und Erwachsenen etabliert“, sagte BITKOM-Präsident Professor August-Wilhelm Scheer. „Setzt sich die positive Entwicklung fort, erzielt der Markt einen nachhaltigen Durchbruch.“ Computergestütztes Lernen habe ein großes Potenzial und müsse insbesondere in der institutionellen Bildung einen weitaus höheren Stellenwert bekommen.

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation und
neue Medien e.V.

Albrechtstraße 10
10117 Berlin
+49. 30. 27576-0
Fax +49. 30. 27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Ansprechpartner
Maurice Shahd
Pressesprecher
Wirtschaftspolitik
und Konjunktur
+49. 30. 27576-114
Fax +49. 30. 27576-400
m.shahd@bitkom.org

Dr. Stephan Pfisterer
Bereichleiter Personal
und Arbeitsmarkt
+49. 30. 27576-135
Fax +49. 30. 27576-400
s.pfisterer@bitkom.org

Präsident
Prof. Dr. Dr. h.c. mult.
August-Wilhelm Scheer

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder



Presseinformation

Markt für Lernsoftware zieht kräftig an

Seite 2

Eine große Bedeutung kommt dabei aus Sicht des BITKOM den Schulen zu. „Die multimedialen Anwendungen erfüllen theoretisches Wissen durch Bilder, Töne und Filme mit Leben“, sagte Scheer. Ein großer Vorteil von Lernsoftware sei zudem die Möglichkeit, die Inhalte per Internet jederzeit aktualisieren und neuen Lehrplänen anpassen zu können. „Im Schulunterricht ist Lernsoftware aber häufig noch nicht angekommen“, kritisierte Scheer. In einer Umfrage der EU-Kommission gaben nur 6 Prozent der deutschen Lehrer an, den Computer regelmäßig im Unterricht einzusetzen. Ein Grund dafür ist die schlechte Ausstattung der Schulen mit Computern und Software. Nach Schätzungen der Schulbuchverlage gaben die deutschen Schulen im vergangenen Jahr weniger als 10 Millionen Euro für Lernprogramme aus.

Nachholbedarf hat Deutschland auch bei der Hardware-Ausstattung: Hierzulande teilen sich rechnerisch elf Schülerinnen und Schüler einen Computer, in Großbritannien und den Niederlanden sind es nur fünf. „Die Schulträger müssen stärker in neue Medien investieren“, forderte Scheer. „Lernsoftware verbessert den Unterricht und sie ist eine Investition in die Zukunft der Schülerinnen und Schüler. In der Berufsausbildung, an der Hochschule und in der betrieblichen Weiterbildung müssen sie später souverän mit digitalen Lernangeboten umgehen können.“ Zumal Lernsoftware und E-Learning zur unternehmensinternen Aus- und Weiterbildung in sogenannten Corporate Universities bereits weit verbreitet sei. Die wesentlichen Treiber des E-Learning sind der Trend zum lebenslangen Lernen und das „Just-in-time-Lernen“ direkt am Arbeitsplatz. Die Anwender können dann auf Lerninhalte zugreifen, wenn sie ein konkretes Problem lösen müssen.

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. vertritt mehr als 1.000 Unternehmen, davon 850 Direktmitglieder mit etwa 135 Milliarden Euro Umsatz und 700.000 Beschäftigten. Hierzu zählen Gerätehersteller, Anbieter von Software, IT-Services, Telekommunikationsdiensten und Content. Der BITKOM setzt sich insbesondere für bessere ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik ein.